

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. — Preis: 10 Pf. — Anschlag Nr. 55.

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen für Anzeigen aus dem Erzgebirge an die Anzeigenverwaltung, Auer, Erzgebirge, Postfach 100, Auer, Erzgebirge.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach 100, Auer, Erzgebirge.

Nr. 109

Mittwoch, den 12. Mai 1926

21. Jahrgang

Hindenburg an Luther.

Regelung der Flaggenfrage.

Das Schreiben, das der Reichspräsident Hindenburg an den Reichskanzler gerichtet hat, hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 9. Mai 1926.

Der Reichspräsident.

Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Die „Zweite Verordnung über die deutschen Flaggen vom 5. Mai 1926“ ist in der Öffentlichkeit erheblichen Mißverständnissen begegnet.

Die außen- und wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten Zeit, die einer neuen Geltung Deutschlands im Ausland den Weg ebneten und uns wieder in die Weltwirtschaft eingliederten, erfordern eine starke Mitwirkung der Deutschen im Ausland und ein freudiges Bekennen aller Auslandsdeutschen zum Deutschtum bei öffentlichen Kundgebungen. Dem stand im Ausland unter besonders schweren Verhältnissen der ungeliebte Flaggenstreit hindernd im Wege. Diesem Uebelstande soll durch die Verordnung vom 5. Mai d. J. abgeholfen werden, und ich bin überzeugt, daß dieser Zweck mit der Verordnung auch erreicht wird.

Nichts liegt mir — wie ich Ihnen bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht habe — ferner, als die durch die Verordnung bestimmten Nationalorden zu beseitigen. Ich bin vielmehr nach wie vor seit entschlossen, die Flaggenfrage nur auf der Grundlage der Verfassung zu behandeln.

Reider hat sich aber aus den Erörterungen in Presse und Öffentlichkeit erneut ergeben, wie verhängnisvoll und gefährlich für unser Volk der schwelende Streit um die Flagge ist. Wer in absehbarer Zeit auf verfassungsmäßigem Wege einen verständigen Ausgleich zu schaffen, der dem gegenwärtigen Deutschland und seinen Zielen entspricht und zugleich dem Verstand und der Gerechtigkeit des Volkes gerecht wird, ist mein innerster Wunsch. Ich bitte Sie deshalb, zur nächsten Stunde sowohl mit den gesetzgebenden Faktoren im Reich als auch mit den an dieser Frage besonders interessierten Vereinigungen in Verbindung zu treten, um diesem Ziele nachdrücklich zuzustreben. Möge der Zeitpunkt nicht fern sein, wo sich das deutsche Volk wieder friedlich um ein und dasselbe Symbol seines staatlichen Daseins scharf!

Mit der Versicherung meiner hohen Wertschätzung und mit freundlichen Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener

gez. von Hindenburg.

Die preussische Regierung gegen die Flaggenverordnung?

Berlin, 11. Mai. Das „Berl. Tageblatt“ meldet, die preussische Regierung hat gestern an das Reichskabinett sowie an den Reichspräsidenten von Hindenburg ein Schreiben gerichtet, in dem sie gegen die neue Flaggenverordnung Einspruch erhebt und sie als verfassungswidrig bezeichnet, weil im Widerspruch zu der ausdrücklichen Vorschrift der Reichsverfassung der Reichstag vorher nicht gehört worden ist. Auf Anregung Preussens wird die Frage den Reichsrat voraussichtlich am Freitag beschäftigen.

Reichsbannerkundgebung gegen die Flaggenverordnung.

Berlin, 10. Mai. Das Reichsbanner Schwarz-rot-gold veranstaltete heute abend auf dem Brunnenplatz eine Kundgebung gegen die Flaggenverordnung. Hierbei ergriffen der demokratische Landtagsabgeordnete Muschke und der sozialdemokratische Abgeordnete Schmidt das Wort und sprachen sich scharf gegen die Verordnung aus. Die Veranstaltung schloß mit einem Hoch auf die deutsche Republik.

Die Berliner Presse zu dem Brief Hindenburgs.

Sämtliche bürgerlichen Blätter begrüßen den Schritt des Reichspräsidenten von Hindenburg zu einem verbindlichen Ausgleich in dem Flaggenstreit, wenn auch die deutschnationalen Blätter es für mehr als zweifelhaft halten, daß eine Einigung in der Flaggenfrage möglich sei. Die „Deutsche Zeitung“ schreibt: Mit dem Herrn Reichspräsidenten sehen wir den Zeitpunkt herbei, wo sich das deutsche Volk wieder friedlich um ein und dasselbe Wahrzeichen seines staatlichen Daseins scharf wird. In der „Kreuzzeitung“ heißt es: Immer wieder tritt das Bestreben in allen Handlungen Hindenburgs hervor, Gegensätze zu versöhnen und eine Volksgemeinschaft herbeizuführen. Eine schwarz-weiß-rote Fahne mit sogar noch vergrößerter schwarz-rot-goldener Bösch ist jedoch für die Deutschnationalen untragbar. Für uns jedenfalls kann es in diesen Dingen überhaupt kein annehmbares Kompromiß geben. Wir fordern nach wie vor die alte ruhmreiche schwarz-weiß-rote Fahne. Der „Totalanzeiger“ bezeichnet eine Einigung über die Flaggenfrage, die zugleich auch die rechtsstehenden Teile der Bevölkerung nur irgendwie zufriedenstellen könnte, als schlechthin undenkbar. Die „Tägliche Rundschau“ nimmt mit Sicherheit an, daß dem

Streit um den Flaggenstreit durch den Brief des Reichspräsidenten die parlamentarische Schärfe genommen wird. Das Zentrum und die Demokraten werden sich, wie das Blatt glaubt, im Hinblick auf die in Aussicht gestellte endgültige Lösung mit dem Flaggenstreit abfinden. Die „Germania“ hebt hervor: Die auf Versöhnung und Ausgleich bedachte Bestimmung des Reichspräsidenten berührt wohlwollend und kann nur dazu dienen, die Stellung des Reichspräsidenten in den Augen der Bürger noch mehr zu festigen. Der praktische Politiker wird sich freilich die großen realen und psychologischen Schwierigkeiten nicht verhehlen, die die Bewerkstelligung dieses Ideals zu keiner leichteren Sache machen. Im „Berliner Tageblatt“ wird gesagt: Wir haben nichts einzunwenden gegen den Versuch, eine Einigung in der Flaggenfrage herzustellen, wenn wir sicher sein dürfen, daß wirklich jede unzulässige Schädigung der schwarz-rot-goldenen Fahne unterbleiben soll. Ähnlich die „Börs. Ztg.“: Wenn es gelänge, hier eine Lösung zu finden, welche keine Minderung der Farben des neuen Reiches bedeutet, ohne dabei völlig auf die Erinnerung an eine Tradition zu verzichten, die in ihrer Verknüpfung mit den Lehren des geeinten deutschen Volkes während mehr als vier Jahrzehnten stets schmerzhaft bleibt, so würden endlich Kräfte, die sich bekämpfen, zu fruchtbarer Gemeinschaftsarbeit frei werden.

Die „B. Z.“ glaubt zu wissen, daß Demokraten und Zentrum sich der Anregung zur Regelung der Flaggenfrage anschließen werden, die der Reichspräsident in seinem Schreiben an den Reichskanzler gibt. Voraussetzung für ihre Mitarbeit werde dabei sein, daß tatsächlich eine Flagge geschaffen werde, die als Wahrzeichen der Republik im Inn- und Ausland gleicher Weise Geltung beanspruchen könne und die die Gewähr biete, daß der Flaggenstreit dann wirklich zu Ende gehe. Die entscheidenden Sitzungen der Fraktionsvorstände werden, dem Blatt zufolge, erst heute nachmittag stattfinden. Die interfraktionelle Sitzung, die gestern abend abgebrochen wurde, wird heute mittag fortgesetzt.

Das Mißtrauensvotum der Sozialdemokratie.

Berlin, 11. Mai. Obgleich die beiden Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Demokraten sich ihre endgültige Stellungnahme zu dem Mißtrauensvotum für heute vorbehalten haben, so glaubt doch die „Vossische Zeitung“, daß die Auffassung in der demokratischen Fraktion für die Unterstützung des sozialdemokratischen Mißtrauensvotums überwiegt. Daß die Fraktion noch keinen endgültigen Beschluß in dieser Richtung gefaßt hat, sei darauf zurückzuführen, daß noch Erörterungen über einen Vorschlag schweben, der auch bei den Demokraten einen Stimmungsumschwung herbeiführen könnte. Wie das Blatt schreibt, handelt es sich um die Anregung, die zweite Flaggenverordnung vorläufig in suspensa zu belassen, bis die Einigung über eine Einheitsflagge erreicht worden sei. Was die Haltung der Zentrumsfraktion betrifft, so gibt die „Germania“ keine Auskunft. Die „Tägliche Rundschau“ gibt der Meinung Ausdruck, daß das Zentrum gemeinsam mit den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei gegen das sozialdemokratische Mißtrauensvotum stimmen werde. Die Börsen, die wahrscheinlich ein eigenes Mißtrauensvotum einbringen werden, würden sich bei dem sozialdemokratischen Mißtrauensvotum der Stimme enthalten und damit wäre eine Mehrheit gegen das sozialdemokratische Mißtrauensvotum geschaffen, selbst wenn die Demokraten geschlossen dafür stimmen sollten. Zu erwähnen ist noch, daß die „Germania“ über eine Kundgebung der Berliner Zentrumspartei berichtet, in der die Erwartung ausgesprochen wurde, daß die Zentrumsfraktion des Reichstages alle verfassungsmäßigen Mittel anwendet, um dem deutschen Volke die altererbten Nationalfarben als Symbol freier staatlicher Volksgemeinschaft Schwarz-rot-gold unveränderlich zu erhalten.

Luther soll zurücktreten!

Berlin, 10. Mai. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen der Regierungsparteien mit der Regierung wird von den Parteiführern strengstes Stillschweigen bewahrt. Wie verlautet, soll von den Demokraten dem Reichskanzler nahegelegt worden sein, von seinem Amt zurückzutreten, da vielleicht dann eine Lösung der strittigen Frage leichter zu finden sein würde. Im Anschluß an diese Parteiführerbekundung fand ein Kabinettsrat statt. Wie man in parlamentarischen Kreisen annimmt, werden die Reichsminister sich mit dem Reichskanzler solidarisch erklären. Am Nachmittage versammeln sich die Parteiführer noch einmal beim Reichskanzler.

Gesler Reichskanzler?

Berlin, 10. Mai. In deutschnationalen Kreisen verlautet, daß die Partei sich bereits eingehend mit den Möglichkeiten eines Wiedereintritts in die Reichsregierung beschäftigt hat. Man erklärt, daß nicht daran zu denken sei, sich lediglich mit der Umbildung zufrieden zu geben. Das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen gegen den Reichskanzler unzulässig der Einreichung des deutschen Aufnahmegesetzes an den Wählerbund schließt ein enges Zusammenarbeiten mit dem Kanzler aus. Er müsse durch einen neuen Mann ersetzt werden, der das volle Vertrauen der „nationalen“ Kreise genieße. Man spricht in diesem Zusammenhang von dem Reichswehrminister Dr. Gesler, der sich gegenwärtig auf einem zweimonatigen Erholungsurlaub befindet. Wie weit Dr. Gesler von den Plänen der Deutschnationalen und sonstiger Kreise allenfalls unterrichtet ist, ist dabei im Augenblick nicht festzustellen.

Die Streiklage in England.

London, 10. Mai. Eine amtliche Mitteilung besagt: Im allgemeinen herrscht Ordnung im Lande; auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung bleibt die allgemeine Lage befriedigend; fast nirgendwo sind Anzeichen einer Krise vorhanden. Die Beförderung der Waren ist in allen Bezirken betriebend. Die Zahl der freiwilligen Dockarbeiter nimmt zu. Der Postdienst nimmt im allgemeinen einen günstigen Verlauf.

Der Generalrat der Gewerkschaften erklärt, daß nach den erhaltenen Nachrichten die Front intakt sei.

Im Unterhaus erklärte Churchill, die Auflage der „British Gazette“ habe eine Million erreicht.

Zwei Arbeiterführer verhaftet.

Die Polizei verhaftete gestern in Felling in der Grafschaft Durham zwei bekannte Arbeiterführer, nämlich den früheren Unterhausabgeordneten Lathey und den Präsidenten des städtischen Bezirksrates von Blaydon, Harry Bolton.

Postpakete nach England.

Die in den ersten Tagen dieses Monats aufgelaufenen Pakete nach Großbritannien lagern zum größten Teil noch bei den deutschen Grenzübergangspostanstalten. Diese sind angewiesen worden, die Pakete mit leichtverderblichem Inhalt, soweit dies aus den Zollunterlagen oder sonst ersichtlich ist an die Absender zurückzuliefern. Den Absendern von nach Großbritannien bestimmten Paketen mit anderen Waren bleibt es überlassen, ihre Pakete zurückzufordern. Anträge auf Rückgabe nehmen die Aufgabe-Postanstalten entgegen.

Der Jugoverst.

London, 10. Mai. Bei Edinburgh ereignete sich ein Zugunfall, wobei drei Personen getötet wurden. In der Nähe von Newcastle entgleiste ein Zug. Es wurde ein Reisender verletzt. Wie heute abend amtlich mitgeteilt wird, verkehrten heute fast 4000 Blige. Ein Fünftel des Personals der Eisenbahngesellschaften arbeitet.

Die Internationale der christlichen Gewerkschaften zum Streit in England.

Köln, 10. Mai. Der Vorstand des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften faßte in einer gemeinsamen Sitzung am 9. Mai in Köln, an der Vertreter aus Deutschland, Holland, Belgien, der Schweiz und der Tschechoslowakei teilnahmen, eine Entschließung, die u. a. erklärt, daß die englischen Bergarbeiter sich in einem gerechten Abwehrkampf befinden, und das wachsende Anstürmen des Kapitals gegen die Lebensinteressen der Arbeiterschaft in allen Ländern sowie die antisozialistischen Bestrebungen verurteilt. Gleichzeitig bringt die Entschließung zum Ausdruck, daß alle Länder die Pflicht hätten, auf die berechtigten Interessen der Arbeitnehmer Rücksicht zu nehmen und durch Einrichtung wirksamer Einigungs- und Schlichtungsinstanzen wirtschaftlichen Kämpfen vorzubeugen.

Ueber die aus Anlaß des Kampfes in England zu ergehenden praktischen Maßnahmen ahmen soll die dem Bunde angehörende Fachinternationale in Verbindung mit dem leitenden Ausschuss gegebenenfalls Beschluß fassen.

Letzte englische Meldungen.

Die Dockarbeiter von Belfast sind in den Ausstand getreten.

Im Untergrundbahndienst werden weitere beträchtliche Verbesserungen mitgeteilt. 80 Stationen von 124 sind wieder geöffnet.

Von der Regierung wurde gestern im Unterhaus auf eine Anfrage, ob der Innenminister die Frage der Geschlossenheit des Generalstreiks erwogen habe und welche Schritte in dieser Angelegenheit beabsichtigt seien, erwidert, die Frage werde erwogen, aber der Innenminister sei gegenwärtig nicht bereit, eine Erklärung abzugeben.